

Rathaus / Stadtvertretung

Gemeindeverband: Rechtsträger werden zusammengeführt

Über einen längeren Zeitraum laufen die Bemühungen, die drei Rechtsträger Vorarlberger Gemeindeverband, den Umweltverband und die Gemeindeinformatik GmbH zusammenzuführen. „Mit der Zusammenführung bieten wir mehr Service für die Gemeinden, nutzen Synergien, schaffen transparente Strukturen und die Verwaltungswege werden kürzer“, sagt Bürgermeisterin und Gemeindeverbandspräsidentin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann.

Die Anteile der Gemeindeinformatik GmbH wurden bereits im Jänner 2020 an den Gemeindeverband abgetreten. Auch zukünftig fungiert der Verein „Vorarlberger Gemeindeverband“ als Interessensvertretung für die 96 Vorarlberger Gemeinden. In der zukünftigen VGV Service GmbH – eine 100% Tochter - werden die operativen Geschäfte der Gemeindeinformatik GmbH und des Umweltverbandes sowie weitere Dienstleistungen für die Gemeinden gebündelt. Für die Umsetzung ist die Auflösung des Umweltverbandes sowie der Abschluss der Kooperationsvereinbarung mit der neuen VGV Service GmbH erforderlich. Die Stadtvertretung Dornbirn hat dieser Umsetzung in ihrer jüngsten Sitzung zugestimmt.

Nach intensiven Prüfungen und die Zustimmung durch 96 gleichlautende Beschlüsse der Gemeindevertretungen wird der Umweltverband aufgelöst und die Rechtspositionen sowie die Vermögenswerte in die neue VGV Service GmbH übertragen. Ende 2023 soll die Zusammenführung rechtswirksam umgesetzt sein.

Vorteile der neuen Rechtsform

„Mit der Zusammenführung der Rechtsträger werden Kompetenzen gebündelt und die Gemeinden haben eine zentrale Anlaufstelle. Oberstes Ziel ist es weiterhin, für die Kommunen ein starker Partner zu sein“, ergänzt Bürgermeisterin und Gemeindeverbandspräsidentin Dipl.-Vw. Andrea Kaufmann. Besonders in den Bereichen Abfallwirtschaft und Umwelt, Finanzen, Gesellschaft, Interkommunale Zusammenarbeit sowie IT-Lösungen sowie rechtliche Angelegenheiten werden die Gemeinden unterstützt. Eine schlanke und transparente Struktur verbessert zudem die Unternehmensführung sowie die politische Aufsicht.